

Sehr geehrter Herr Prof. Varwick,

als politisch interessierter, parteilich jedoch nicht gebundener Bürger betreibe ich seit einigen Jahren den Internet-Auftritt „[Kühlen Kopf bewahren!](#)“, in dem ich ausgewählte Themen aufgreife, zu politischen Vorgängen Hintergrundinformationen zu vermitteln versuche und diese kommentiere. Gleich zu Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine habe ich die Seite „[Krieg in Europa](#)“ ins Leben gerufen und eine Ausarbeitung begonnen, die sich mit der Frage befasst, welche Faktoren diesen Angriffskrieg zwar nicht direkt ausgelöst, aber eben doch mehr oder weniger wesentlich begünstigt haben könnten. Das Ergebnis dieser Recherchen („Putins Angriff auf die Ukraine“) hänge ich dieser E-Mail an.

Dies vorausgeschickt wird es Sie nicht verwundern, dass mich das Thema der „Maybrit-Illner“-Sendung vom vergangenen Donnerstag (02.06.2022) interessierte. Leider konnte ich mir deren Aufzeichnung erst am 4. Juni 2022 ansehen. Dabei habe ich den Eindruck gewonnen, dass die von Ihnen in dieser Sendung vertretenen Thesen auf einer Wahrnehmung gründen, die der Realität nicht in vollem Umfang entsprechen. Damit werden sie jedoch aus meiner Sicht hochproblematisch. Sie haben in der Diskussion sinngemäß den Standpunkt vertreten, man solle keine Waffen mehr an die Ukraine liefern, weil der Krieg gegen die russischen Streitkräfte ohnehin nicht gewonnen werden könne und Waffenlieferungen die Kampfhandlungen nur verlängern würden, was zu unnötigen Opfern führe. Statt der Ukraine immer mehr Waffen zu liefern, müsse verstärkt nach einer Verhandlungslösung gesucht werden. Zwar solle die Souveränität der Ukraine nicht angetastet werden, doch sei eine Anbindung des Landes an den Westen kontraproduktiv. Wünschenswert sei vielmehr eine neutrale Ukraine. Die sie unterstützenden Länder sollten ihren Einfluss geltend machen, um sie zu einer Entscheidung in diese Richtung zu bewegen.

Ich denke, niemand will eine Fortsetzung dieses Krieges um jeden Preis – mir jedenfalls liegt eine solche Einstellung fern. Aber es ist wohl mindestens ebenso gefährlich, einen *Frieden um jeden Preis* zu fordern – und auch einen Frieden, der aus einer für die Ukraine ungünstigen Position heraus geschlossen wird oder gar geschlossen werden müsste. Weshalb? Frau Eigendorf hat Sie in der Sendung darauf aufmerksam gemacht, dass Putins am 24. Februar 2022 begonnener Angriffskrieg sich nicht allein gegen die Ukraine richtet, sondern gegen „den Westen“ insgesamt – genauer formuliert: gegen die von den westlichen Ländern vertretenen Werte. Im Zuge meiner oben erwähnten Ausarbeitung, insbesondere bei der Auswertung seiner Ansprachen an sein Volk vom 21. und 24. Februar 2022, bin ich zu derselben Einschätzung gelangt. Sein Ziel dürfte es sein, das seit dem Zerfall der Sowjetunion in

Europa etablierte System der internationalen Sicherheit durch ein von ihm bzw. von Russland diktiertes System zu ersetzen.

Die von Ihnen vertretenen Thesen wären möglicherweise sinnvoll und zielführend, wenn es ausschließlich um die Ukraine ginge. Das ist aber erkennbar nicht der Fall – wie oben beschrieben. Ansätze zu den genannten Vorstellungen Wladimir Putins finden sich übrigens bei näherem Hinsehen bereits sowohl in seiner vor dem Deutschen Bundestag gehaltenen Rede vom September 2001 als auch in der auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007 gehaltenen Rede; auch das konnte ich in der erwähnten Arbeit herausarbeiten. Hinzu kommt noch etwas anderes: Wladimir Putin ist derzeit an (echten) Verhandlungen überhaupt nicht interessiert. Wenn Sie fordern, man müsse – statt Waffen zu liefern – auf Gespräche hinarbeiten, dann müssen Sie bitteschön auch erklären, auf welche Weise dies geschehen soll. Dies sind Sie – jedenfalls in der hier in Rede stehenden ZDF-Sendung – komplett schuldig geblieben. Wenn Sie ein solches Patentrezept besitzen, dann legen Sie es doch bitte vor – nicht unbedingt der Öffentlichkeit, aber gerne der Bundesregierung oder Bundeskanzler Scholz persönlich – und bieten sich vielleicht auch gleich als Unterhändler an. Nach meiner Wahrnehmung haben sowohl der deutsche Bundeskanzler als auch der französische Staatspräsident in den letzten Wochen mehrfach versucht, auf Wladimir Putin in Richtung auf die Aufnahme von Gesprächen einzuwirken – ohne erkennbaren Erfolg.

Sie argumentieren, man müsse mehr auf die russischen Positionen eingehen. In der Tat – auch das konnte ich herausarbeiten – scheinen hier in der Vergangenheit Versäumnisse begangen worden zu sein, insbesondere im Umgang mit den erklärten Bedenken Russlands gegen die NATO-Osterweiterung. Dem gegenüber steht allerdings, dass das nicht oder kaum Reagieren auf die russischen Aggressionen gegen Georgien 2008 und die Ukraine 2014 sowie das Gewährenlassen nach dem russischen Eingreifen zugunsten von Bashir al Assad in Syrien ab 2015 sowie das Ignorieren seiner Interventionen in Libyen Wladimir Putin ganz offenbar zu dem Schluss haben kommen lassen, ein Angriff auf die Ukraine mit dem erklärten Ziel ihrer vollständigen Annexion könne nun relativ gefahrlos vollzogen werden. Dieses Ziel hat er nun offenkundig zunächst verfehlt; ein voreilig geschlossener Frieden, wie er Ihnen offenbar vorzuschweben scheint, würde ihn jedoch aller Wahrscheinlichkeit nach in dem Glauben bestärken, diesen Plan in naher Zukunft doch noch ausführen zu können. In diesem Kontext erweist sich dann auch die Idee einer neutralen Ukraine als äußerst fragwürdig: eine solche neutrale Ukraine wäre ein ebenso willkommenes Opfer wie beispielsweise zu Beginn des Zweiten Weltkriegs das neutrale Belgien oder die neutralen Niederlande. Auf eine solche Neutralität kann (und sollte) sich die Ukraine nicht einlassen: vielmehr wird sie – außerhalb einer NATO-Mitgliedschaft –

internationale Garantien zur Absicherung ihrer Grenzen einfordern (müssen). Zudem ist das Konzept der Neutralität unter dem Eindruck des russischen Angriffs auf die Ukraine offenbar fragwürdig geworden, wie das Beispiel Finnlands und Schwedens zeigt: Wenn für diese Länder bereits die bloße Nachbarschaft Russlands ein Anlass zur Aufgabe ihrer bisher praktizierten Neutralität ist, um wieviel mehr muss dann ein solches Konzept für ein direkt angegriffenes Land wie die Ukraine völlig unannehmbar sein?

Sicher: Am Ende dieses Krieges muss eine Verhandlungslösung, müssen Gespräche stehen; das hat auch der ukrainische Präsident Selenskyj immer wieder bekräftigt. Aber die zu führenden Verhandlungen müssen aus einer Position einer relativen Stärke der Ukraine heraus geführt werden, weil nur so eine Aussicht darauf bestehen kann, eine weitgehend von Russland diktierte Friedenslösung zu verhindern. Und dazu braucht die Ukraine eben – Waffen! Wer ihr diese in der gegenwärtigen Situation (über 100 Tage nach Kriegsbeginn) verweigern möchte, stellt sich – ob er es nun wahrhaben möchte oder nicht – auf die Seite Russlands. Und nur so ganz nebenbei: Wer der Ukraine ihre Souveränität zugesteht, der darf nicht andererseits den Vorschlag machen, die mit ihr verbündeten Nationen könnten ihr doch mal die Idee der Neutralität jedenfalls ein bisschen nahelegen. Die Ukraine ist angegriffen worden: einzig und allein ihre Regierung, ihr Parlament, ihre Bürger haben letztendlich die Entscheidung zu treffen, wie dieses Land und seine Bürger nach dem Ende dieses furchtbaren Angriffskrieges die Zukunft gestalten wollen, wie sie in Zukunft leben wollen. Niemand, auch kein wohlmeinender Politikwissenschaftler, hat ihr bzw. ihnen da hineinzureden.

Und schließlich noch ein Letztes: Deutschland hat im Zweiten Weltkrieg auf dem Boden der Ukraine unsagbare Verbrechen begangen und später auch noch größte Anstrengungen unternommen, diese zu vertuschen (wie eine am 30. Mai 2022 in der ARD ausgestrahlte Dokumentation belegt). Nun hat es den jedenfalls dringenden Anschein, dass russische Truppen auf ukrainischem Territorium wieder schwerste Kriegsverbrechen begehen. Aus meiner Sicht trifft somit den ehemaligen Aggressor Deutschland eine besondere Verpflichtung, der Ukraine gegen den aktuellen Aggressor Russland beizustehen – auch und gerade mit Waffenlieferungen. Zwar ist es nicht völlig von der Hand zu weisen, dass diese die russischen Truppen möglicherweise zu weiteren Kriegsverbrechen gegen die ukrainische Zivilbevölkerung „animieren“ könnten. Die Erfahrungen aus den Tschetschenien-Kriegen, insbesondere aber auch aus Syrien, legen allerdings den Schluss nahe, dass diese Vorgehensweise ohnehin Bestandteil der russischen Strategie ist – völlig unabhängig von der Frage westlicher Waffenlieferungen an die Ukraine.

Sollten Sie zu alledem andere – belastbare! – Erkenntnisse haben, lassen Sie es mich bitte wissen. Was uns eint, ist die Sehnsucht nach einem möglichst baldigen Schweigen der Waffen; doch der Preis hierfür darf nicht zu hoch sein, und weder die Bürger*innen der Ukraine noch die des freien Europa dürfen ihn bezahlen müssen – mit dem Verlust ihrer Freiheit.

Mit Dank für Ihre Aufmerksamkeit und freundlichen Grüßen